In der nachfolgenden dritten Sitzung vom 17. Oktober (Nr. 58) wird die Beratung fortgesetzt. Inzwischen sind schlechte Nachrichten aus Österreich eingegangen. Im übrigen ist das Bild das gleiche. Ludendorff selbst befürwortet zwar mit Rücksicht auf den befürchteten Abfall Österreichs nach wie vor die Fortsetzung der Friedensverhandlungen, meint aber, man brauche trotzdem nicht jede Bedingung anzunehmen; es sei immer noch Zeit, klein beizugeben. »Wenn wir tatsächlich geschlagen werden sollten, so müßten wir eben sofort kapitulieren. Gefährlich könnte es werden, wenn wir bei Verdun eine Niederlage erlitten, sonst sehe er die Gefahr nicht für so groß an.«

Nach diesen Beratungen tritt wegen der schwankenden und sich zum Teil widersprechenden Äußerungen Ludendorffs über die militärische Lage wieder das Bedürfnis hervor, andere Generale zu hören, diesmal, weil die Gefahr einer zum Teil zu günstigen Beurteilung besteht (Nr. 62). Aber Ludendorffs Widerspruch gegen eine solche Anhörung ist noch nicht beseitigt und man muß fürchten, mit seiner Entlassung den Zusammenbruch des Heeres zu beschleunigen (vgl. Nr. 55).

Am 20. Oktober läßt Hindenburg telephonieren (Nr. 63):

> »Die Türkei hat Sonderverhandlungen begonnen. Österreich-Ungarn wird bald folgen. Wir werden sehr bald in Europa allein dastehen. Die Westfront ist in großer Anspannung. Ein Durchbruch bleibt möglich, wenn ich ihn auch nicht befürchte. Durch Absetzen vom Feinde .... könnte ein nachhaltiger Widerstand organisiert werden. .... Aber selbst, wenn wir geschlagen würden, ständen wir nicht wesentlich schlechter da, als wenn wir jetzt schon alles annähmen.«

Also eine sehr ungünstige Darstellung der militärischen Lage, an die sich wieder das Urteil schließt, daß Deutschland im Falle einer Austragung des Kampfes mit unglücklichem Ausgang nicht schlechter dastehen würde.

Es folgt die deutsche Antwort vom 20. Oktober. Diesmal besteht eine sachliche Differenz mit der Obersten Heeresleitung. Sie tritt hauptsächlich wegen der Einstellung des U-Boot-Krieges zutage. In einer vor Absendung der Note einberufenen Besprechung mit deutschen Auslandsvertretern (Rosen, Graf Brockdorff-Rantzau, Graf Metternich) hatten diese sich übereinstimmend für das Entgegenkommen in der U-Boot-Frage ausgesprochen.

Über das letzte Stadium des U-Boot-Krieges enthalten die Nummern 67 bis 75 näheres. Es wird die Hoffnung geäußert, daß nicht die unglückliche Torpedierung eines amerikanischen Passagierdampfers dazwischenkommen möge. Aber gerade jetzt, d. h. vor den zuletzt besprochenen Noten, trifft die Nachricht von der Torpedierung der Leinster ein und verschärft die Stimmung in den Vereinigten Staaten.

In der dritten Note Wilsons vom 23. Oktober 1918 (Nr. 76) wiederholt der Präsident den Hinweis auf seine Botschaft vom 18. Januar 1918 und seine folgenden Botschaften. Er teilt mit, daß er den anderen Regierungen vorgeschlagen habe, falls sie geneigt seien, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, den Waffenstillstand einzuleiten und fügt hinzu:

> »Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür erbringen, daß es die Grundsätze des Friedens annimmt, denen die ganze Aktion entspringt.«

Die Note endet mit längeren Ausführungen, in denen der Präsident nochmals Zweifel über die inneren Machtverhältnisse in Deutschland äußert.